



## ZDS – DZfMR

**Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte e. V.  
Deutsche öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft**

Deutsches Amt für universelle Menschenrechte nach verbrieftem Recht, Grundgesetz Artikel 1, 25, 140 in  
Anwendung mit Artikel 137 u.138 WRV nach Deutschem Recht ([www.deutsches-amt.de](http://www.deutsches-amt.de))

### **Regionalvertretung ZDS-DZfMR - Mitte**

---

Regionalvertretung ZDS-DZfMR - Mitte: Fasanenweg 9 – 37170 Uslar

## **Presseerklärung**

anlässlich der **Öffentlichen ZDS- Arbeitstagung (Bürger- Konferenz)** am 13. April in Uslar

**Themenfeld:** Atomkraft-Ausstieg? - Energie-Versorgung - Menschenrechte

Uslar, 13.04.2011

Nach der verheerenden Reaktorkatastrophe in Fukushima/ Japan als Folge von gewaltigem Erdbeben und Tsunami vom 11. März 2011 scheinen auch die Bürger in Deutschland vor einer richtungsweisenden Entscheidung bzgl. der Atomenergie-Nutzung zu stehen:

Nachdem Japan durch Hiroshima und Nagasaki bereits zum Mahnmal für den Atombomben-Wahnsinn geworden ist, wird das Land der aufgehenden Sonne nun wohl durch Fukushima auch zum Mahnmal für den Atomreaktor-Wahnsinn in der Welt.

Wenige Tage nachdem sich Erde und Meer aufgebaut haben, sind mehrere Atom-Reaktoren in Fukushima außer Kontrolle geraten. Damit ist in einem Hochtechnologie-Land genau das passiert, was eigentlich laut Experten und (un)verantwortlichen Atom-Politikern als unmöglich galt. Seit Wochen erleben wir mit, wie unkontrollierbar und wie unbeherrschbar die Situation in einem Land wie Japan ist; aber wie würde so etwas erst in Drittweltländern aussehen, in die Atomanlagen so großzügig verkauft wurden?

Die langfristigen Folgen für Umwelt, Natur, Tierwelt und Menschen sind überhaupt nicht absehbar, aber es dürfte jedem klardenkenden Bürger inzwischen deutlich geworden sein, dass die Atom-Technologie nicht beherrschbar ist.

Da auch die Frage der Endlagerung von radioaktiven Materialien nicht geklärt ist, werden die Forderungen nach einem Atomkraft-Ausstieg immer lauter. Erschwerend hinzu kommt der Einsatz von Uran-Munition in Kriegsgebieten, dessen Folgen auch Soldaten der Bundeswehr und ihre Familien treffen. Dieses ist keine Lösung für eine kostengünstige Entsorgung von radioaktiven Abfallstoffen.

Eng mit einem Atomkraft-Ausstieg verbunden ist auch die Frage nach einer gesicherten Energieversorgung in der Zukunft. Hierbei spielen Energie-Effizienz und weitere Einspar-Möglichkeiten sowie zunehmender Einsatz von Erneuerbaren Energien und auch die Verwendung von sogenannter Freier Energien auf der Grundlage der Tesla-Forschungen eine zunehmende Rolle.

Immer mehr Bürger beschäftigen sich inzwischen auch mit anderen wichtigen Themen der Gegenwart, wie z.B.:

- Kraftstoff E10, - Mobilfunk-Strahlung, - EURO-Rettungspaket, - Bankenkrise, - Sichere Renten, - Kriegseinsätze der BW, - Volkszählung, - Datenspeicherung uvm.

---

**Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte**

- Universal Human Rights Authority, Legal Department of Human Rights -

Deutsches Amt für Menschenrechte; Registernummer Netzwerk Menschenrecht: **101020-ZDS-001-1-1**

Registereintrag Deutscher Bundestag ID 2-3231-5/119.09;

- Bankverbindung: Postbank Hamburg BLZ: 200 100 20; Kontonummer: 11 991 208 -

**Regionalvertretung ZDS-DZfMR - Mitte:** Sitz: 37170 Uslar, Fasanenweg 9, Tel. 05571 - 5693, Fax: 05571 – 5069,  
e-Post: [zds\\_rv-mitte@web.de](mailto:zds_rv-mitte@web.de); <http://zds-dzfmr.de>; Gerichtsstand: Internationaler Gerichtshof für Menschenrechte;  
CCEC/ ICHR/ IZMR - Sektion Deutschland, Bielfeldtweg 26, D-21682 STADE

Eine authentisch-glaubwürdige Darstellung zur Atomgefährdung in jeglicher Verwendung und Form hat z.B. der international anerkannte Experte der Atom-Branche **Holger Strohm** Ende März in einem sehenswerten Interview veröffentlicht. Hierdurch werden regelmäßig Menschenrechtsverletzungen begangen (z.B. AEMR = Allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10.12.1948) und Herr Strohm spricht sogar von einem „Verbrechen an der Menschheit“. Da kann kaum ein Zweifel aufkommen, daß er die Wahrheit sagt, und es ist eklatant, mit welcher Desinformation wir weltweit über alle Medien alltäglich versorgt und mit verharmlosenden Konjunktiven ruhigestellt werden sollen. Angesichts dieser Ernsthaftigkeit und jegliche Grenzen überschreitender Gefahr versteht man denn auch, warum die Grenzwerte für radioaktive Belastung von Lebensmitteln aktuell und klammheimlich bereits EU-weit heraufgesetzt worden sind.

„**Anti-Atom Appell** – über die Gefahren der Atomkraft“; <http://www.youtube.com/watch?v=imYvhn56d8Y>

Hieraus ergibt sich als Folgerung: Die Nutzung der Kernenergie bedroht weiter das Leben und die Gesundheit ALLER Menschen und Lebewesen auf der Erde! Was haben die Verantwortlichen aus der Tschernobyl-Katastrophe von 1986 gelernt?

Bei der Frage, ob die Bürger auf die gewählten Politiker und die Parteien zählen können, wenn es um eine optimale Lösung der erkannten Probleme zum Wohle von Menschen und unserer Umwelt geht, kommt man schnell auf ein weiteres Dilemma in Deutschland:

*Die Bundesrepublik (in) Deutschland ist gem. Grundgesetz eine demokratische Wirtschaftsverwaltung, die nicht regiert wird, sondern geschäftsmäßig als Wirtschafts- und Verwaltungseinheit unter Besatzung betrieben wird (Art., 65, 120, 127, 133, 137 Grundgesetz). Somit ist die Bundesregierung (BRD, Bund) nicht die Vertretung des deutschen Volkes sondern die Vertretung der Besatzungsbehörden (BGBl 1990 Teil II Nr. 36 2.10.1990 Artikel 4 (3)) Auf Grund dieses Mangels, kann die Bundesrepublik (in) Deutschland / Bund, das deutsche Volk völkerrechtlich und staatsrechtlich überhaupt nicht vertreten (siehe Artikel 123 Grundgesetz – Quelle: [www.deutsches-amt.de](http://www.deutsches-amt.de)).*

*Nach § 37 PartG (Parteiengesetz) in Verbindung mit der Nichtanwendbarkeit des § 54 BGB sind Parteien nach § 52 ZPO (Zivil-Prozessordnung) in der Bundesrepublik nicht rechts-, geschäfts-, prozeß- und parteifähig, also unmündig und unverantwortlich. Von unverantwortlichen Parteien wird die Bundesrepublik mit unverantwortlichen Gesetzen gesteuert und die Richter von dieser Unverantwortlichkeit in den Richterwahlausschüssen gewählt und vereidigt. Die Verwaltung der Bundesrepublik und der Länder wird durch das PartG gesteuert, es haftet jeder Bedienstete durch die Unverantwortlichkeit selbst und persönlich (Privathaftung!).*

(siehe: „Für alles kein Gesetz, Teil 9: <http://www.youtube.com/watch?v=PTKCede4Ooo>).

*Daher werden auch die Forderungen lauter, dass z.B. diejenigen Richter, die ihre Urkunden (Urteile, Beschlüsse usw.) nicht persönlich unterschreiben wollen, aus dem Dienst zu entfernen sind und dass an allen Ausnahmegerichten der Bundesrepublik, die eigentlich unstatthaft sind, die Geschäftsverteilungspläne (GVPs) nach § 16 GVG angelegt werden müssen.*

Da von der politischen Seite keine effektive Hilfe für Menschen, Tiere und Umwelt erwartet werden kann, bleibt nur die Möglichkeit zur Lösung der Probleme auf der Bürgerplattform:

Mit unserer gemeinnützigen Gemeinschaftsarbeit verfolgen wir ausschließlich rechtsstaatlich zugelassene Interessen und Ziele zur Förderung des demokratischen Staatswesens. Wir überprüfen für Bürger, die meinen, in ihren Grundrechten verletzt worden zu sein, die Wirksamkeit der Gesetze in der Praxis, da das Gesetz auch fehler- oder mangelhaft, oder in der Anwendung als legislatives UNRECHT falsch umgesetzt worden sein kann.

Dem Bürger wird in Deutschland effektiver Recht(s)schutz garantiert. Ohne diesen effektiven Recht(s)schutz ist die Verwirklichung der Menschenrechte auch nach völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Art. 13 EMRK nicht möglich.

Unsere als gemeinnütziger Verein *Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte e. V., Abk. ZDS – DzfMR* gegründete Gemeinschaft ist eine Menschenrechtsorganisation in Deutschland, deren Mitarbeiter sich für die Bürgerinnen und Bürger auf der Ebene von nationalem und internationalem Recht für die Einhaltung der geltenden Rechts-Ordnung im Zusammenhang mit der europäischen Menschenrechtskonvention zur Weiterentwicklung und Konsolidierung der demokratischen Stabilität in den europäischen Ländern einsetzt.

Mit Gründung des Vereins wurde eine Institution geschaffen, die Behördenwillkür und Verstöße gegen das internationale Völkerrecht anprangert.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein souveräner Staat, sondern nach Art. 133 GG eine "Wirtschafts- und Verwaltungseinheit", in der die Bürger keine Staatsbürger, sondern zu Personal degradiert worden sind (Personal-Ausweis!). Dies ergibt sich aus dem Art. 146 GG, wenn eine BRD-Volksverfassung nicht existiert.

Die Bundesrepublik Deutschland hat kein eigenes Staatsvolk, keinen Staatsgrund, keinen Friedensvertrag und auch keine Verfassung. Sie hat Deutschland im Auftrag der Siegermächte zu verwalten.

Alle Verwaltungsverfahren in der BRD müssen darum eigentlich nach Art. 100 GG ein Normenkontrollverfahren durchlaufen, insbesondere nach Art. 100 II GG. Es ergibt sich aus Art. 1 GG, daß das Menschenrecht, und somit die Menschenwürde, unantastbar ist. Alle BRD-Verwaltungsorgane haben die Pflicht, die umfassende Menschenwürde unter Beachtung der Menschenrechte zu schützen und zu achten.

Müssen wir in Rechtsachen der Bürger Grundrechtsverletzungen feststellen, streben wir ohne Militanz eine sorgfältige, schnelle und beharrliche Aufdeckung von universellen Menschenrechtsverstößen an. Die Organisation untersucht Menschenrechtsverstöße unparteiisch. Als juristische Sachverständige treten wir auch in der Öffentlichkeit auf, wenn von Grundrechtsverletzungen betroffene Menschen nach verkündetem Unrecht gegen sie von ihrem grundgesetz- und/oder verfassungsrechtlichem Widerstand gemäß RÖMISCHES STATUT DES INT. STRAFGERICHTSHOFS nach Art. 7 IStGB als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Art. 20 IV, 25, 100 II GG) Gebrauch machen.

Das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" ist keine Verfassung, sondern ein Organisationsstatut für eine Übergangszeit. Der Zweite Weltkrieg ist nie wirklich beendet worden. Es gibt keinen Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten. Die BRD steht unter Diktat der Alliierten. In Westdeutschland stehen nach wie vor alliierte Truppen. Deutschland ist seit über 60 Jahren unterdrückt.

Wir nutzen als Menschenrechtswächter die einzige rechtlich legitime Möglichkeit des deutschen Volkes, die das Volk hat, um sich in Notstandszeiten für Staat und Staatsvolk organisieren zu müssen, wenn der Staat nicht erreichbar ist. (Haager Landkriegsordnung 1907). Denn die Zahl der Menschenrechtsverletzungen, sowie der willkürlichen Einschränkungen der Grundrechte durch die Gesetzgebung und die Verwaltung wird immer umfangreicher. Die Registrierung vieler Mitglieder ist die Bestätigung, dass die Gründung des Vereins die richtige Entscheidung war.

Diese Bürger-Veranstaltung hätten wir gerne im Rathaus der Stadt Uslar durchgeführt, was uns aber von der Stadtverwaltung versagt wurde. Auf unsere 4 Anfragen haben wir leider keine stichhaltige und nachvollziehbare Begründung für die Absage erhalten.

Als **Menschenrechts-Organisation** in Deutschland setzen wir uns für die **unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte** (Art. 1 GG) in Deutschland ein und möchten durch unsere Tätigkeiten die Bediensteten in den jeweiligen Verwaltungen vor Straftaten, Menschenrechtsverletzungen und Haftungsfolgen bewahren (Privathaftung!).

Darum ist es nicht nachvollziehbar, warum die Stadtverwaltung diesen Antrag ablehnt und damit -unter Vorsatz- gegen die Menschenrechte sowie gegen Grundgesetz und Landesverfassung verstößt. Daher stellt sich die Frage, ob die Verantwortlichen der Stadtverwaltung die Menschenrechte überhaupt kennen. Es scheint doch ein größerer Informationsbedarf zu bestehen. Denn die Mitarbeiter in den Verwaltungen sind die eigentlichen Opfer des Systems und unsere Menschenrechtsorganisationen bieten vielfältige Hilfe und Unterstützung an. Dieses muss erst noch erkannt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

gez. Reiner Borchert, Fachjournalist für Staats- und Völkerrecht  
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit - Regionalvertretung ZDS-DZfMR – Mitte)

[www.zds-dzfmr.de](http://www.zds-dzfmr.de)  
[www.deutsches-amt.de](http://www.deutsches-amt.de)  
[www.deutschlandanzeiger.com](http://www.deutschlandanzeiger.com)